

# **Privatisierungsreport 3 des Hauptvorstands der GEW –Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**



mehr unter [http://www.gew.de/Publikationen\\_aus\\_dem\\_Vorstandsbereich\\_Schule.html](http://www.gew.de/Publikationen_aus_dem_Vorstandsbereich_Schule.html)

## **Unternehmen Schule: Von Billig-Lehrern, Schülerfirmen und Public Private Partnership**

**Kapitel: Public Private Partnership (PPP) im Schulwesen, S. 39 bis 55**

**„... in krassem Widerspruch zum Gemeinwohl ...“**

*In vielen Kommunen herrscht nackte Finanznot, mit verursacht durch die Steuerpolitik der früheren rot-grünen Bundesregierung. Dies zwingt viele Gemeinden, Verträge mit privaten Unternehmen abzuschließen, damit diese Sanierung, Bau und Betrieb von Schulgebäuden finanzieren und managen. Ein lukratives Geschäft für die Unternehmen – oftmals zum Schaden der Allgemeinheit, sagen Kritiker.*

Das Foto zeigt einen Soldaten in Tarnanzug, der ein Geschütz bedient.<sup>1</sup> Auf weiteren Aufnahmen pflügt ein Kriegsschiff durch das Meer, ein Militär-Hubschrauber setzt zur Landung an.<sup>2</sup> Abgedruckt sind die Bilder in einer Broschüre des britischen Dienstleistungskonzerns Serco Group (weltweit über 40.000 Mitarbeiter). Die Serco-Gruppe wirbt gerne damit, dass sie bestens mit den staatlichen Stellen von Heer, Marine und Luftwaffe zusammenarbeitet. Und das in vielen Ländern, darunter Australien, Kanada und Italien. Als Rüstungsdienstleister managt der Konzern militärische Trainingszentren und verwaltet Schiffe der Küstenwache.<sup>3</sup> Serco gehört ferner zur Firmengruppe, die sich um Produktion und Wartung der britischen Atombomben kümmert.<sup>4</sup> Auch in den Bereichen Raumfahrt, Gesundheit, Verkehr oder Justiz tummelt sich der Konzern – zum Wohle der Aktionäre, die ordentlich Dividenden einstreichen.

### ***Zu Wasser, zu Lande, in der Luft - und an Monheims Schulen ...***

Wer so viel Kompetenz hat, ist offenbar wie geschaffen, um auch Deutschlands marode Schulhäuser auf Vordermann zu bringen. Seit Januar 2004 darf sich Serco Partner der rheinischen Stadt Monheim nennen – im Rahmen eines der bundesweit ersten Public Private Partnership-Modelle (PPP) im Schulsektor.<sup>5</sup> Serco ist nun zuständig für Bauunterhaltung und Betrieb aller Gebäude der zwölf städtischen Schulen, inklusive der Sporthallen. Vor allem die Grundsanierung der zum Teil mit giftigem PCB belasteten Räume steht auf dem Programm. Monheims Bürgermeister Thomas Dünchheim (CDU) erhofft sich bei Vertragsabschluss „eine schlagartige Verbesserung des Bildungsstandortes“.<sup>6</sup>

Das Monheimer PPP-Modell funktioniert so: Vertragspartner der Stadt ist die Hermann Kirchner Projektgesellschaft aus dem ostthessischen Bad Hersfeld.<sup>7</sup> Kirchner wiederum beauftragt Serco, die Gebäude zu unterhalten und zu bewirtschaften, einschließlich Energie-Versorgung und Reinigung. Der PPP-Vertrag läuft über 25 Jahre. Darin verpflichtet sich Kirchner, rund 21 Millionen Euro in die Schulgebäude zu stecken – und das innerhalb von nur zwei Jahren. Im Gegenzug zahlt die Stadt ein jährliches „Nutzungsentgelt“ von drei Millionen Euro. 25 Jahre lang

jeweils drei Millionen – das ergibt stattliche 75 Millionen Euro, die von der Stadt und damit vom Steuerzahler aufzubringen sind. Dennoch rechnet man im Monheimer Rathaus vor: Der PPP-Vertrag bringe der Stadt im Verlauf der 25 Jahre einen Vorteil von 12,5 Millionen Euro oder 15,2 Prozent der Gesamtkosten – verglichen mit den Kosten, die Monheim aufbringen müsste, würde sie die Arbeiten in Eigenregie erledigen. „Aus eigener finanzieller Kraft“, heißt es im Rathaus der Stadt, hätte man diese Aufgaben „nicht bewältigen“ können.<sup>8</sup> Denn auch Monheim ist so gut wie pleite.

Und tatsächlich: Seit Mai 2004 passiert etwas an Monheims Schulen.<sup>9</sup> An der Hermann-Gmeiner-Schule wurden die PCB-verseuchten Räume saniert. Kosten: 1,5 Millionen Euro. An der Comenius-Schule entsteht unter anderem ein Anbau mit naturwissenschaftlichem Lehrraum – für 300.000 Euro. Die Peter-Ustinov-Gesamtschule weihte ihr neues Oberstufengebäude ein. Baukosten: rund drei Millionen Euro. Auch an anderen Schulen läuft es rund, meldet das Monheimer Rathaus. „Das Monheimer Modell findet in der Fachwelt und in den Medien große Beachtung“, erklären stolz die Verantwortlichen der Stadt.<sup>10</sup> Frohlocken auch bei Serco Deutschland: Das Modell habe eine „Trendwende für den Neubau und die Sanierung von Schulen“ ausgelöst.<sup>11</sup>

**„Die Unternehmen haben im vergangenen Jahr Gewinne von rund 65 Milliarden Euro ins Ausland verlagert. Dem deutschen Fiskus sind dadurch Steuereinnahmen in Milliardenhöhe entgangen. Das ergibt eine interne Berechnung des Bundesfinanzministeriums.“** (“Unternehmen entziehen sich dem deutschen Fiskus”, in: FAZ.Net, 14.8.2006)

In der Tat: Von Kiel bis Freiburg, von Halle an der Saale bis Witten – PPP-Schulprojekte sprießen aus dem Boden wie Pilze nach dem Regen. Seit 2004 sei in Sachen PPP „ein wirklicher Boom zu verzeichnen“.<sup>12</sup> Das meldet eine Studie für das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im September 2005. Derzeit gebe es laut Hochrechnungen rund 300 PPP-Projekte – allein im Bereich Infrastruktur (z. B. Verwaltungsgebäude, Stadien, Schulen, Bibliotheken, Straßen, Brücken, Tunnel, EDV-Ausstattung).<sup>13</sup> Die Investitionskosten nur der kommunalen PPP-Vorhaben beliefen sich zusammen auf etwa drei Milliarden Euro. Kommunen, so die Studie, realisierten in erster Linie Schulprojekte. Bund und Länder kümmerten sich vor allem um Straßen oder Tunnel. „Konkret werden im Durchschnitt Effizienzgewinne von zehn Prozent erreicht“, schreiben die Autoren der Studie. Doch wie misst man dies? Darüber herrschte offenbar lange babylonisches Durcheinander. Erst im September 2006 einigten sich die 16 Bundesländer auf einen Leitfaden mit Empfehlungen „zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen“.<sup>14</sup>

### ***Baukonzern Hochtief „im PPP-Rausch“***

Auch der Essener Baukonzern Hochtief AG (weltweit 41.000 Mitarbeiter) will sich mit PPP neue Märkte erschließen. Im Bereich Infrastruktur sei man international bereits in 23 PPP-Projekten engagiert, meldet das Unternehmen.<sup>15</sup> Dazu zählen zwölf Mautstraßen und eine Eisenbahnlinie. Das Gesamtinvestitionsvolumen betrage knapp neun Milliarden Euro. Im Bereich Schulen betreibt der Bauriese derzeit 80 Projekte – in Großbritannien, Irland und Deutschland.<sup>16</sup> Eines davon ist das Berufsschulzentrum der Stadt Leverkusen. 26 Millionen Euro investiert der Essener Konzern in Sanierung und Modernisierung der drei Gebäudekomplexe. In Köln zeichnet Hochtief für Räume und technische Einrichtungen von sieben Schulen verantwortlich. Im Kreis Offenbach finanziert, saniert und betreibt der Konzern sogar 284 Gebäude von 50 Schulen – „das bisher größte PPP-Projekt im öffentlichen Hochbau in Deutschland“.<sup>17</sup>

„Hochtief im PPP-Rausch“, titelte die Börsenredaktion des ARD-Fernsehens am 14.9.2006.<sup>18</sup> Doch der Hunger des Bauriesen scheint noch lange nicht gestillt. Hierzulande gebe es beträchtlichen Nachholbedarf, findet Hochtief. „Während in Großbritannien in einigen Bereichen fast jedes fünfte Projekt privat umgesetzt und betrieben wird, steht Deutschland noch am Anfang“, heißt es in einer Pressemeldung des Unternehmens.<sup>19</sup> In Deutschland liege der „notwendige Sanierungsbedarf“ von Schulen, Krankenhäusern und Verwaltungsgebäuden bei

„etwa 150 Mrd. EUR“.20 Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) sieht das ähnlich. Ziel müsse sein, so der Minister im Januar 2006, den Anteil von PPPs an den öffentlichen Investitionen von heute vier Prozent auf 15 Prozent zu erhöhen.21 Damit der Rubel auch rollt, lockern Bundespolitiker schrittweise die rechtlichen Fesseln, die öffentlich-privaten Partnerschaften noch auferlegt sind. Bereits im Juni 2005 verabschiedete die damalige rot-grüne Bundesregierung das PPP-Beschleunigungsgesetz. US-Anwaltsfirmen leisteten damals tatkräftige Hilfe – ein dubioses Verfahren, das der Autor Marcus Rohwetter in einem preisgekrönten Artikel für Die Zeit aufdeckte.22

### ***US-Anwaltsfirmen stricken am PPP-Gesetz mit***

Rohwetter beschreibt, welche Rolle etwa der Berliner Anwalt Cornelius Kleinlein spielte, Partner beim Berliner Ableger der amerikanischen Anwaltskanzlei (engl.: law firm) Hogan & Hartson. Kleinlein habe damals „der SPD-Bundestagsfraktion“ beim „Entwurf eines Gesetzes geholfen“, das den Investitionsstau in Deutschland mit auflösen solle. Der Berliner Anwalt, so Rohwetter, sei jedoch nicht der einzige Geburtshelfer des PPP-Beschleunigungsgesetzes gewesen. Die Ministerialbürokratie habe rund 40 Leute abgestellt, die Privatwirtschaft etwa 60 – „darunter die Elite der internationalen Anwaltschaft – von Freshfields bis Norton Rose, von Clifford Chance bis Linklaters“.23 Demokratische Prozesse, gestaltet als Public Private Partnership. Unabhängigen Experten dreht sich da der Magen um. „Je intensiver der Staat mit außenstehenden Beratern zusammenarbeitet, desto undurchsichtiger wird der Prozess der politischen Willensbildung.“ So urteilt laut Zeit-Artikel Everhard Holtmann, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg.24

Und warum beackern Anwälte dieses Feld? Rohwetter gibt die Antwort: „Sich im Dickicht neuer Gesetze zurechtzufinden, wird für Kanzleien zum Wettbewerbsvorteil“.25 Anwalt Kleinlein: „Das kann sehr hilfreich sein, wenn es darum geht, später einmal kommerzielle Mandate von Unternehmen zu gewinnen, die PPP-Projekte planen.“26 Vor allem amerikanische und britische Anwaltskanzleien sind denn auch bemüht, Kontakte zu politisch einflussreichen Kreisen zu knüpfen. Clifford Chance tat sich mit der Bertelsmann-Stiftung und der Initiative D 21 zusammen, um gemeinsam die Broschürenreihe „PPP für die Praxis“ herauszugeben.27 Mitunter heuern „law firms“ prominente Politiker an. „Der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz arbeitet für die US-Kanzlei Mayer Brown Rowe & Maw, FDP-Senior Otto Graf Lambsdorff für Taylor Wessing“, zählt Marcus Rohwetter auf. Die US-Kanzlei WilmerHale beschäftigt in ihrem Berliner Büro den Ex-Bundesverkehrsminister und heutigen Bundestags-Abgeordneten Matthias Wissmann (CDU). Der tritt dann beispielsweise auf, wenn WilmerHale zum Berliner Wirtschaftsgespräch einlädt. Thema am 18.5.2006: „PPP – Moving ahead. Neue Anwendungsbereiche für öffentlich-private Kooperationen“.28 Als Referent beim Berliner Wirtschaftsgespräch geladen war Hans-Martin Bury (SPD), Ex-Staatsminister unter Gerhard Schröder. Bury arbeitet heute für das US-Bankhaus Lehman Brothers und nennt sich Managing Director – zuständig für PPP.29 Auch Ex-Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) bemüht sich, PPP-Projekte voranzubringen. Er betreibt dazu eine Beratungsfirma – die „Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH“.30

***„Noch im Jahr 2000 kassierte der Staat 23,6 Milliarden Euro Körperschaftssteuer von den Kapitalgesellschaften. Im Jahr darauf, nach Inkrafttreten des Reformwerks (gemeint ist die Unternehmenssteuerreform der rot-grünen Bundesregierung, (Anm. d. Autors), brachen diese Einnahmen vollkommen weg. Per saldo mussten die Finanzämter sogar fast eine halbe Milliarde Euro an die Firmen auszahlen – das hatte es noch nie gegeben. Bis heute bekommt der Staat weitaus weniger Gewinnsteuern als in früheren Jahren.“ („Das größte Geschenk aller Zeiten“, in: Die Zeit, 8.9.2005)***

Doch wie sinnvoll sind PPP-Projekte wirklich? Rechnen sich Bau, Sanierung und Betrieb von Schulgebäuden, wenn der Staat private Unternehmen ins Boot holt? Wir blicken nach Frankfurt am Main. Hier ist das Bildungszentrum Ostend (BZO) seit Frühjahr 2005 an der

Sonnemannstraße in Betrieb.<sup>31</sup> Der 56-Millionen-Euro-Bau beherbergt die Volkshochschule, zwei Abendgymnasien, eine kaufmännische Berufsschule, Teile der Bankakademie und eine musikalisch-künstlerische Ausbildungsstätte. „Einsparungen von circa 25 Prozent“ habe man realisiert, behauptet Stadtkämmerer Horst Hemzal. Außerdem seien „die wesentlichen Risiken auf den privaten Partner verlagert“, verkündet Hemzal.

Die privaten Partner, das ist zunächst die Stuttgarter Baufirma Müller-Altwater. Sie gehört zum niederländischen Baukonzern Royal BAM Group. Müller-Altwater errichtete das BZO und ist zuständig für Unterhalt und Betrieb. Beteiligt war zudem die Südleasing GmbH, eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Baden-Württemberg. Die Südleasing finanzierte das Projekt.

**„Die Kassenkredite der Kommunen sind in den ersten drei Quartalen im Vergleich zum Vorjahr erneut um 3,85 Milliarden Euro auf 27,6 Milliarden Euro angestiegen. Viele Städte müssen also weiterhin in hohem Umfang laufende Ausgaben auf Pump finanzieren. Die Kassenkredite liegen zurzeit viereinhalb Mal so hoch wie Anfang des Jahres 2000, als sie 6,2 Milliarden Euro betragen.“** (Stephan Articus vom Deutschen Städtetag laut Pressemitteilung des Deutschen Städtetages vom 19.12.2006)

Doch es halten sich hartnäckige Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des BZO-Projektes. Das Revisionsamt der Stadt Frankfurt kam im Frühjahr 2006 zu einem vernichtenden Urteil: Hätte die Stadt selbst gebaut, wäre es für den Steuerzahler drastisch günstiger geworden. Für die „Alternative Eigenbau“ errechnen die Prüfer „einen wirtschaftlichen Vorteil von rund 4,27 Millionen Euro“. So steht es auf Seite sechs des Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006.<sup>32</sup> Die Aussage der Stadtkämmerei, die PPP-Maßnahme würde die Kosten um 25 Prozent senken, könne folglich „nicht bestätigt werden“.<sup>33</sup>

Was die Prüfer in ihrem 51-seitigen Bericht festhalten, kommt einer schallenden Ohrfeige für die Projekt-Verantwortlichen gleich. „Eine differenzierte und umfassende Wirtschaftlichkeitsberechnung wurde von der Stadtkämmerei nicht erstellt“, urteilen die städtischen Kontrolleure.<sup>34</sup> Für Planung, Ausschreibung und Projektabwicklung seien zudem „in erheblichem Umfang externe Firmen eingesetzt“, kritisiert das Amt.<sup>35</sup> Der Revisionsbericht nennt hier eine amerikanische Anwaltskanzlei, deren Name immer wieder fällt, wenn von PPP die Rede ist: Clifford Chance. Das Frankfurter Büro der amerikanischen Kanzlei, schreiben die Prüfer, habe rund 432.000 Euro erhalten – „ohne entsprechende Beschlüsse der Magistrats-Vergabekommission“.

Es folgen weitere Backpfeifen. Das Risiko zusätzlicher Kosten sei „in unangemessenem Umfang auf die Stadt verlagert“.<sup>37</sup> Das gelte etwa für Wartung und Betrieb der technischen Anlagen sowie für Schönheitsreparaturen. „Die Qualität der Bauausführung“ entspreche nicht in allen Belangen den in Frankfurt geltenden technischen Standards.<sup>38</sup> Als Beispiel verweisen die Prüfer auf den „Primärenergiebedarf inkl. Lüftung“. Anstatt wie gefordert die Werte der Energiesparverordnung um 30 Prozent zu unterschreiten, erreichten die beiden Bauteile des Bildungszentrums lediglich 21 und 8 Prozent.<sup>39</sup> Das Revisionsamt kritisiert etwa das Fehlen „einer dickeren Wärmedämmung der Dachflächen“.

Der Revisionsbericht wurde der Presse zugespielt – und schon hagelte es böse Schlagzeilen. „Primat des Profits“, titelte die Junge Welt.<sup>41</sup> „Kämmerei verschweigt Kosten“, schrieb die Frankfurter Rundschau (FR).<sup>42</sup> Schulleiter im BZO hätten sich bereits in den ersten Monaten nach Fertigstellung „massiv“ beschwert, berichtet die FR.<sup>43</sup> Sie beanstandeten „zu kleine Treppenhäuser“, „fehlende Türschlüssel“ und „überhitzte und zu kleine Räume“.<sup>44</sup> „Kein Amt weiß, warum Baumängel im Bildungszentrum nicht beseitigt wurden.“ So war noch am 2.12.2006 in der Frankfurter Presse zu lesen – eineinhalb Jahre nach Inbetriebnahme des BZO.<sup>45</sup> Und wie reagieren die Verantwortlichen im Römer, dem Frankfurter Rathaus? Eine offizielle Stellungnahme des Magistrats, gerichtet an die Stadtverordneten, fehlt bis heute. Es gebe zwei Gutachten, die die Vorwürfe des Revisionsamtes widerlegen. Das berichtet die Kämmerei. So habe die Alfen Consult GmbH errechnet, dass das PPP-Modell einen Kostenvorteil von 21 Prozent bringe.<sup>46</sup> Doch wie dies errechnet wurde, was genau in den Gutachten steht, das bleibt

weiter unter Verschluss. Lediglich einzelne Stadtverordnete dürfen seit Juli 2006 die Akten zum BZO einsehen, unter Aufsicht, bei striktem Kopierverbot. „Etwa 75 Ordner und Hunderte von E-Mails und CDs“, seien da zu sichten, stöhnt ein Frankfurter Kommunalpolitiker.

Auf geheimen Wegen gelangten inzwischen einzelne Dokumente ans Licht. Etwa ein Schreiben von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006. Der Bau des Bildungszentrums Ostend „als PPP-Vertrag“ sei „wirtschaftlich sinnvoll und gerechtfertigt“, erklärt Hemzal.<sup>47</sup> Eine extra eingeholte „gutachterliche Stellungnahme“ des Anwaltsbüros Clifford Chance weise „die Unhaltbarkeit des Revisionsberichts zur Risikothematik“ nach.<sup>48</sup> Richtig sei vielmehr, dass die Risiken „in ganz ungewöhnlichem Maß auf den Investor übertragen wurden“.<sup>49</sup> Der Vertragszeitraum von 20 Jahren stelle einen „ausgesprochen innovativen und nachhaltigen ... Ansatz dar“.<sup>50</sup> Denn üblicherweise, schreibt der Kämmerer, werden lediglich „Gewährleistungszeiträume von max. fünf Jahren berücksichtigt.“ Und überhaupt: Der Revisionsbericht sei von einer „grundsätzlich ablehnenden Haltung“ gegenüber PPP-Modellen geprägt und enthalte „tendenziöse Andeutungen“.<sup>51</sup> In Frankfurt am Main laufen derzeit Planungen, PPP-Projekte für vier weitere Schulen aufs Gleis zu setzen.

### ***Immer mehr Zweifel an PPP***

Inzwischen häufen sich die Stimmen, die von der angeblichen Überlegenheit der öffentlich-privaten Partnerschaften gar nicht überzeugt sind:

Der Bayerische Oberste Rechnungshof untersuchte den Bau einer Brücke bei Miltenberg und die Errichtung der Münchener Flughafentangente bei Erding. Beide Projekte wurden als PPP-Projekt realisiert. Fazit des Rechnungshofs: Er könne „keine Kostenvorteile“ feststellen. Im Gegenteil: Die private Vorfinanzierung „verteuert ... die Maßnahmen“.<sup>52</sup>

DIE WELT schreibt über den Herrentunnel bei Lübeck, an dessen Bau Hochtief beteiligt war, finanziert via PPP: Das Projekt „droht zum Millionengrab zu werden“.<sup>53</sup>

Der Bundesgerichtshof befasste sich laut DER SPIEGEL mit einem Gemeinde- und Verwaltungszentrum, dass sich das 600-Einwohner-Dorf Podelwitz bei Leipzig per PPP errichten ließ.<sup>54</sup> „Die Gemeinde verpflichtete sich, 22 Jahre lang über 14.000 Euro monatlich an den Investor zu zahlen“, schreibt das Nachrichtenmagazin. „Plus Umsatzsteuer und Nebenkosten.“ Jeder einzelne Quadratmeter kostete damit „zweieinhalb mal so viel wie in der Umgebung“. Die Bundesrichter urteilten, so DER SPIEGEL, dass der PPP-Vertrag „in krassem Widerspruch zum Gemeinwohl“ stehe.

Auch aus Großbritannien, dem Mutterland von PPP, dringen Negativmeldungen.<sup>55</sup> Etwa über die öffentlich-privat finanzierten Projekte innerhalb des staatlichen Gesundheitswesens (engl.: National Health Service – NHS). 58 Projekte müssten jährlich umgerechnet 2,2 Milliarden Euro an Unternehmen wie Siemens, Rentokil-Initial, Jarvis oder Tarmac zu überweisen, meldet die Wochenzeitung Freitag. Eine Summe, die „nicht zuletzt durch einen Abbau von Betten und von Personal“ erwirtschaftet werde. „Eine Studie der konservativen Partei ergab, dass der NHS in den nächsten 30 Jahren über 80 Milliarden Euro für Spitäler ausgeben muss, deren Bau gerade einmal zwölf Milliarden gekostet hat.“ Dabei entsprächen die Bauten nur selten den NHS-Standards. „Sie wurden schnell und schludrig errichtet“, so das Blatt.

Kritik kommt auch von einem Verband, der sich sonst gerne zugunsten von Privatisierung äußert: Vom Bund der Steuerzahler (BdSt). PPP Sorge dafür, dass „die tatsächlichen Lasten der öffentlichen Haushalte durch private Finanzierungen verschleiert werden“, beanstandet BdSt-Präsident Karl Heinz Däke.<sup>56</sup> Finanziell gebeutelte Gebietskörperschaften neigten ferner dazu, „die Risiken bei PPP nicht ausreichend zu prüfen“, so Däke. Es sei „zweifelhaft“, ob PPP langfristig tatsächlich wirtschaftlicher, effizienter und schneller zu realisieren sind als die „herkömmliche Form der Dienstleistungserstellung über die Haushaltsfinanzierung“. Schließlich, urteilt der BdSt-Präsident, könnten sich Gebietskörperschaften „wegen ihrer höheren Bonität zu günstigeren Konditionen verschulden“ als private Gesellschaften. Private Investoren müssten zudem „Gewinne erzielen“ – die „im Fall einer PPP ... der Steuerzahler zu bezahlen hat“.

Holger Mühlenkamp, Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, zählt ebenfalls zu den PPP-Skeptikern. Er warnt, „dass Verträge zwischen der öffentlichen Hand

und Privaten tendenziell zu Ungunsten der öffentlichen Hand ausfallen“.<sup>57</sup> Der Wissenschaftler argumentiert: Zwar arbeiten Privatunternehmen oftmals mit geringeren Produktionskosten als der Staat. Doch man müsse weitere Kosten berücksichtigen. Denn auch die Suche nach Vertragspartnern, Vertragsverhandlungen und die Überwachung und Durchsetzung der Verträge verschlinge Arbeitszeit und Geld. Je komplexer und für die Öffentlichkeit undurchsichtiger die Materie ist, desto höher fallen diese Kosten aus. Es sei deshalb „einfacher, Reinigungsdienstleistungen als Klärwerke oder Armeen privaten Anbietern zu überlassen“. Mühlenkamp verweist zudem auf die Neue Politische Ökonomie. Die besagt: Kleine Gruppen, deren Mitglieder sich kennen und ähnliche Interessen verfolgen, können sich im politischen Prozess besser durchsetzen als große Gruppen, deren Mitglieder nur schwer unter einen Hut zu bringen sind. Folglich ist die Gefahr groß, dass sich ein Klüngel aus Lokalpolitikern, Bürokraten, Beschäftigten und Privatunternehmen für ein PPP-Projekt zusammenschließt, um die Allgemeinheit über den Tisch zu ziehen. Sie betreiben dann eine öffentlich-private Partnerschaft „zu Lasten der Kunden, die überhöhte Preise zahlen, und der Steuerzahler, die eventuelle Defizite tragen müssen“. Es stelle sich deshalb die Frage, so der Hochschullehrer, „ob die Therapie PPP nicht schlimmer ist als die Krankheit“.

Der Kölner Publizist und Privatisierungs-Kritiker Werner Rügemer stößt ins gleiche Horn: In den meisten Fällen käme die Gemeinden ein normaler Kredit und der Bau in Eigenregie günstiger zu stehen.<sup>58</sup> PPP biete zudem einen Nährboden für Korruption und Klüngel. Rügemer: In den „verschlafenen Amtsstuben der deutschen Kommunalaufsicht“ fehle es an Kompetenz, um „gegen die Übermacht der Privaten zu bestehen“.

### ***Demnächst auch PPP, „um Leistungen der Schüler zu erfassen“?***

Wir richten den Blick erneut nach Großbritannien. Dort arbeitet die Serco Group als Partner der beiden Landkreise Bradford und Walsall. Serco betreibt dort nicht nur Schulgebäude. Man sei dort „auch direkt in das Schul- und Bildungsmanagement eingebunden“, schreibt der Dienstleistungskonzern in einer Fallstudie.<sup>59</sup> Dazu gehöre „das gemeinschaftliche Festlegen von Bildungsstandards und deren Messung“. Serco habe ein softwarebasiertes Managementsystem entwickelt, mit denen auch „Leistungen der Schüler zu erfassen“ seien. Mit dem Online-Tool „Serco VLE“ werde Schülern und Lehrern der „Zugriff auf Lehr- und Lernmaterialien von zu Hause aus ermöglicht“.

Gleichzeitig helfe das Online-Tool, „Lernfortschritte und –schwächen zu entdecken und so die Lehrkräfte im Unterricht zu unterstützen“. Ein Modell auch für Deutschland? Jörg Harm vom nordrhein-westfälischen Schulministerium winkt ab. Das Festlegen von Bildungsstandards sei „staatliche Aufgabe“, sagt Harm. Und was ist mit der Evaluation, also dem Kontrollieren, ob die Standards auch eingehalten werden? „Wenn sich die Schule hier Hilfe von außen holen will, kann sie das gerne machen“, so der Mann aus dem NRW-Ministerium. Er betont jedoch: „Das Land stellt selbst Instrumente zur Verfügung, mit denen sich das Einhalten der Standards prüfen lässt.“ Noch ist die Schulevaluation durch PPP-Unternehmen also Zukunftsmusik.

### ***Quellen***

1. [http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case\\_Studies](http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies): Gefechtsübungszentrum Heer (pdf-Datei)
2. <http://www.serco.com/markets/defence/index.asp>
3. ebenda
4. [http://www.serco.co.uk/text/assurance/markets/defence/nuclear\\_weapons/index.asp](http://www.serco.co.uk/text/assurance/markets/defence/nuclear_weapons/index.asp) sowie:  
[http://www.aldermaston.net/campaigns/serco\\_2004.php](http://www.aldermaston.net/campaigns/serco_2004.php)
5. [http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case\\_Studies](http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies): Schulprojekt Monheim am Rhein (pdf-Datei)
6. [http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case\\_Studies](http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies): Schulprojekt Monheim am Rhein (pdf-Datei)
7. <http://www.monheim.de/stadtprofil/schulen/ppp/>
8. <http://www.monheim.de/stadtprofil/schulen/ppp/>
9. <http://www.monheim.de/stadtprofil/schulen/ppp/>
10. <http://www.monheim.de/stadtprofil/schulen/ppp/>
11. [http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case\\_Studies](http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies): Schulprojekt Monheim am Rhein (pdf-Datei)
12. Public Private Partnership Projekte. Eine aktuelle Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen, Deutsches Institut für Urbanistik, Im Auftrag der PPP Task Force im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, September 2005:  
[http://www.ppp-bund.de/download/Endbericht\\_Internet.pdf](http://www.ppp-bund.de/download/Endbericht_Internet.pdf)

13. ebenda
14. [www.ppp-bund.de/download/PM-08-09-2006.pdf](http://www.ppp-bund.de/download/PM-08-09-2006.pdf)
15. <http://www.hochtief-pppsolutions.de/ppp/37.jhtml>
16. <http://www.hochtief-pppsolutions.de/ppp/68.jhtml>
17. <http://www.hochtief.de/hochtief/hochtief?id=974> (Positionspapier“ als pdf-Datei)
18. [http://boerse.ard.de/content.jsp?key=dokument\\_185966](http://boerse.ard.de/content.jsp?key=dokument_185966)
19. <http://www.hochtief-pppsolutions.de/ppp/68.jhtml>
20. <http://www.hochtief-pppsolutions.de/ppp/68.jhtml>
21. Zitiert nach: Jörg Christen, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Erfahrungen und Ziele der Bundesregierung zu PPP, ÖPP-Beschleunigungsgesetz und Planungen für ein PPP-Novellierungsgesetz, November 2006, als Download zu finden auf:  
[http://www.verdi.de/politik\\_von\\_a\\_bis\\_z/public\\_private\\_partnership](http://www.verdi.de/politik_von_a_bis_z/public_private_partnership)
22. Marcus Rohwetter, Ihr Wort wird Gesetz. Wenn Ministerien und Parlament die Gesetzesarbeit zu schwierig wird, springen internationale Anwaltskanzleien gerne ein, in: Die Zeit, 6. Oktober 2005:  
[http://www.zeit.de/2005/41/Law\\_Firms](http://www.zeit.de/2005/41/Law_Firms)
23. ebenda
24. ebenda
25. ebenda
26. ebenda
27. siehe: Prozessleitfaden Public Private Partnership, Bertelsmann-Stiftung, Clifford Chance Pünder, Initiative D21 (Hrsg.): <http://www.rfbb-ppp.de/25.0.html>
28. <http://www.wilmerhale.com/de/veranstaltungen/whEventsDetail.aspx?firmEvent=1120>
29. ebenda
30. <http://www.rsbk.de/>
31. PPP im Hochbau. Bildungszentrum Ostend, Frankfurt am Main, Hrsg. Stadt Frankfurt, Juli 2004
32. Wirtschaftlichkeit alternativer Bau-/Betreibermodelle am Beispiel „Bildungszentrum Ostend“, Revisionsbericht Nr.03/2005 vom 12.1.2006
33. Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 24
34. Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 6
35. Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 11
36. Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 12
37. Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 34
38. Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 7
39. Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 7
40. Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 38
41. Werner Rügemer, Primat des Profits, Junge Welt, 19.4.2006
42. Kämmerei verschweigt die Kosten, Frankfurter Rundschau vom 23.5.2006
43. Kämmerei verschweigt die Kosten, Frankfurter Rundschau vom 23.5.2006
44. Kämmerei verschweigt die Kosten, Frankfurter Rundschau vom 23.5.2006
45. Martin Müller-Bialon, Noch fehlt die Fluchttreppe, Frankfurter Rundschau vom 2.12.2006
46. E-Mail am 18.12.2006 von Bernd Weiß, dem Leiter der Kämmerei, an den Autor
47. Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 8
48. Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 5
49. Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 5
50. Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 7
51. Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 2f
52. [http://www.orh.bayern.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=303&Itemid=206](http://www.orh.bayern.de/index.php?option=com_content&task=view&id=303&Itemid=206)
53. Hagen Seidel, In die Röhre geschaut, DIE WELT, 22. August 2006
54. Markus Verbeet, Der private Staat, DER SPIEGEL, 21. August 2006
55. Pit Wuhrer, Aufstand am Krankenbett, Freitag, 1.12.2006
56. zum Folgenden: Karl Heinz Däke (Präsident des Bundes der Steuerzahler), Der Bürger muss profitieren, in: Lothar Pauly (Hrsg.), Das neue Miteinander. Public Private Partnership für Deutschland, Hoffmann und Campe, 2006, 352 Seiten
57. Holger Mühlkamp, Public Private Partnership aus der Sicht der Transaktionskostenökonomik und der Neuen Politischen Ökonomie, in: Dietrich Budäus (Hrsg.), Kooperationsformen zwischen Staat und Markt. Theoretische Grundlagen und praktische Ausprägungen von Public Private Partnership, Nomos, 2006, 254 Seiten
58. zitiert nach: Eine neue Form der öffentlichen Verschuldung“, in: Oberhessische Zeitung vom 25.2.2006
59. zum folgenden: [http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case\\_Studies](http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies): Schulprojekt
60. Monheim am Rhein, Kapitel „Internationale Erfahrungen“ (pdf-Datei)